

Interview

Union bringt Antrag für Ukraine-Waffenlieferungen in den Bundestag ein "Krawallkurs" oder Hoffnung auf Unterstützung aus der Ampel-Koalition?

26.4.2022

Sarah Zerback im Gespräch mit Johann Wadephul (CDU), Unionsfraktions-Vize für Außen- und Sicherheitspolitik

Sarah Zerback: Die Union bringt einen Antrag für Ukraine-Waffenlieferungen in den Bundestag ein. Dieses Thema können wir jetzt vertiefen mit Johann Wadephul, dem stellvertretenden Chef der Unions-Fraktion im Bundestag. Er ist jetzt am Telefon. – Guten Morgen, Herr Wadephul!

Johann Wadephul: Guten Morgen, Frau Zerback.

Zerback: Jetzt steht Antrag gegen Antrag. Wundert es Sie denn, dass die SPD Ihr Angebot, da gemeinsam an einem Strang zu ziehen, nicht angenommen hat, vielleicht auch nicht ernstgenommen hat?

Wadephul: Ja, das ist ärgerlich, denn wir haben ja von Anfang an gesagt, seit der großen Rede, die der Bundeskanzler gehalten hat am 27. Februar, dass wir unterstützen wollen, dass wir die demokratische Mitte Deutschlands zusammenhalten wollen. Das gilt nach wie vor. Die Bundesregierung macht ja auch vieles richtig. Das will ich auch ausdrücklich mal sagen. Aber in dieser entscheidenden Frage der Waffenlieferungen, da gibt es Bedarf nachzujustieren. Da muss mehr gemacht werden. Das ist dringend erforderlich, um die Ukraine zu unterstützen. Deswegen haben wir gesagt, das muss jetzt auch mal im Parlament diskutiert werden. Wir sind das höchste politische Entscheidungsgremium, was Deutschland hat, und deswegen muss das hier auch aufgegriffen werden.

Zerback: Sie sagen, Sie stehen zu Ihrem Wort, zu unterstützen im Ukraine-Krieg. Da fragen sich viele, in der SPD vor allem, woran man das aktuell merkt. Dass jetzt ein eigener Antrag aus Ihrer Fraktion kommt, war das nicht ein verkapptes Misstrauensvotum gegen den Kanzler?

Wadephul: Nein! Erstmal geht es ja um die Sachfrage und die müssen wir ja deutlich erkennen. Die Ukraine braucht dringend diese schweren Waffen. Russland setzt seinen – das ist ja anerkannt – völkerrechtswidrigen Angriff gegen die Ukraine fort, mit Brutalität im Süden mit schweren Waffen, mit Artillerie und Panzern, und die stoppt man auch wieder nur durch Artillerie und Panzer. Deswegen ist das in der Sache einfach notwendig. Das zweite ist: Nicht fast alle, aber sehr, sehr viele und die entscheidenden NATO-Partner liefern. Sie haben das auch berichtet. Die USA, die Briten sind dabei, Frankreich jetzt auch, die Niederlande, Tschechien sowieso; Deutschland fehlt. Das ist eine Sache, wo die Erklärung fehlt, warum gerade wir fehlen, wo doch gerade wir Deutsche eine historische Verantwortung haben, gerade der Ukraine zu helfen und hier klar zu sein.

Zerback: Na gut, Herr Wadephul, wenn ich Sie da unterbrechen darf. Die fehlt ja inzwischen nicht mehr. Der Bundeskanzler hat sich ja geäußert und hat erklärt, jetzt übers Wochenende auch noch mal in einem großen „Spiegel“-Interview, warum er da zurückhaltend ist, und das liegt unter anderem daran, dass die Bundeswehr-Bestände nicht das Wahre sind, und das

liegt nicht zuletzt daran, wer in den letzten 16 Jahren den Hut aufhatte in der Bundesregierung. Da will ich Sie mal an die CDU-Verantwortung erinnern. Jetzt frage ich mich schon, was Sie jetzt gegen diesen Ringtausch haben, weil schwere Waffen sollen ja geliefert werden?

Wadephul: Das ist schon mal nicht so ganz klar. Erstens hat niemand was gegen den Ringtausch. Der ist richtig, der ist notwendig. Ehrlich gesagt stellt sich nur die Frage, warum dieser Krieg zwei Monate alt werden muss, damit der Bundeskanzler diesen Schritt geht. Das zweite ist: Es geht natürlich jetzt nicht vorrangig darum, aus den Beständen der Bundeswehr etwas zu liefern, sondern die Industrie hat umfängliche Bestände, die geliefert werden können. Ich kenne Unternehmen, die warten seit sechs, sieben Wochen darauf, dass die Bundesregierung endlich mal grünes Licht gibt. Das muss ja genehmigt werden. Das geschieht schlicht und ergreifend nicht und das ist doch der Punkt. Es gibt keine – und die hat der Bundeskanzler auch nicht geliefert – sachliche Begründung, warum das nicht erfolgt.

Zerback: Die sachliche Begründung ist, dass das mit den Bundeswehrbeständen nicht geht, dass es eine Arbeitsteilung geben soll.

Wadephul: Es geht aber um Industriebestände, Frau Zerback. Die sind da. Die braucht die Bundeswehr nicht. Das sind ausgemusterte Waffensysteme, ältere Waffensysteme. Die braucht in Deutschland niemand mehr.

Zerback: Die müssen aber gewartet werden und die müssen geliefert werden. Sie haben die Nachrichten auch verfolgt und haben auch den russischen Außenminister Lawrow im Ohr, der jetzt ein weiteres Mal davor warnt, Waffen an die Ukraine zu liefern, weil man damit direkt Kriegspartei werden würde. Trauen Sie sich da tatsächlich eine Einschätzung zu, wo der Kreml die rote Linie für einen nuklearen Angriff zieht?

Wadephul: Erstmal wird man völkerrechtlich durch die Lieferung von Waffen nicht Partei. Zweitens liefern wir bereits Waffen. Dann wären wir jetzt schon Partei. Das ist keine konsistente Linie. Wir müssen uns einfach entscheiden, ob wir die Ukraine unterstützen wollen oder nicht. Drittens liefern andere schwere Waffen. Darüber haben wir gerade gesprochen. Die Niederlande, Frankreich, die USA. Provozieren die jetzt einen Atomkrieg? Wie kommen wir eigentlich zu der Vorstellung, dass gerade die Lieferung deutscher Waffen nun einen Atomkrieg provozieren soll? Ich halte das für unverantwortlich, weil es am Ende den Russen die Eskalationschance gibt und weil es in Frage stellt, dass wir im Zweifel bereit sind, gegen Russland militärisch anzutreten, nicht nur in der Ukraine, sondern als NATO selbstverständlich auch im Baltikum. Wie glaubwürdig ist denn unsere Abschreckung noch im Baltikum?

Zerback: Zweifeln Sie denn daran, dass diese Schritte, die der Bundeskanzler jetzt in die Wege leitet, mit den internationalen Partnern abgesprochen sind, dass man sich genau auf diese Arbeitsteilung geeinigt hat?

Wadephul: Ich zweifele nicht daran, dass es Absprachen gibt. Ich bezweifele aber – und dafür gibt es überhaupt gar keinen Anhaltspunkt –, dass die internationalen Partner, sprich die USA, sprich Frankreich oder die Niederlande nun gerade Deutschland gebeten haben, keine Waffen zu liefern, und gesagt haben, das machen wir, Deutschland, mach Du mal einen Ringtausch. Das hat niemand gesagt. Das ist eine Geschichte, die hier erzählt wird, die aber nicht stimmt, sondern jeder wäre damit einverstanden, wenn Deutschland auch liefern würde. Wir könnten das, es gibt diese Industriebestände, und ich finde, es ist einfach das, was jetzt auch angebracht ist.

Wenn Zeitenwende richtig ist, wenn es richtig ist, was der Bundeskanzler gesagt hat, dass man diese russische Aggression stoppen muss, wenn die Ukraine nicht verlieren darf – und davon bin ich fest überzeugt; sonst ist die Moldau das nächste Land und dann sind wir in

Europa weiter bedroht -, wenn wir das ernst meinen, dann müssen wir auch bereit sein, schwere Waffen zu liefern.

Zerback: Nun muss man ja unterstreichen, der Bundeskanzler ist nicht gegen die Lieferung schwerer Waffen, sondern Deutschland liefert aktuell noch keine schweren Waffen. Das ist ja auch ein Unterschied. Er finanziert ja diese Unterstützung in der Ukraine mit. Wenn Sie betonen, dass Deutschland die Ukraine da nicht unterstützen will, dann ist das ja nur die halbe Wahrheit.

Wadepful: Entschuldigung! Ich habe vorhin anerkannt, dass Deutschland viel tut und dass wir die Bundesregierung auch unterstützen. Aber Sie haben ja recht: Faktisch liefert Deutschland nicht und darauf kommt es doch am Ende an. Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, sagt Erich Kästner, und darum geht es doch hier. Es gibt keine plausible Erklärung, warum wir nicht liefern, und es gibt ein operatives Minus, was im faktischen Handeln festzustellen ist. Es gibt keine Erklärung dafür, dass Deutschland in dieser historischen Situation der überfallenen Ukraine nicht zur Seite steht.

Zerback: Da noch mal nachgefragt, diese Antwort sind Sie mir noch schuldig, Herr Wadepful. Die rote Linie des russischen Präsidenten – trauen Sie sich da eine Einschätzung zu, wo er die zieht? Sie haben jetzt gerade mit dem Völkerrecht argumentiert. Glauben Sie tatsächlich, dass sich ein Wladimir Putin daran noch gebunden fühlt und vor einem solchen Schritt zurückschrecken würde?

Wadepful: Ich weiß gar nicht, wovor Wladimir Putin zurückschreckt. Ich glaube, wir dürfen ihm das nicht überlassen. Ich meine, er hat diesen Krieg begonnen, gegen jedes Völkerrecht. Die grundsätzliche Frage ist doch, ob wir uns ihm entgegenstellen wollen. Die Alternative ist, dass man sich völlig unterwirft. Wenn man das nicht mehr einschätzen kann und wenn man davor Angst hat, dann darf man im Grunde keine einzige Waffe liefern. Dann dürfen auch die Niederlande und so weiter und all die anderen keine schweren Waffen liefern. Und dann frage ich mich auch, wie glaubwürdig unsere Abschreckung im Baltikum ist. Was machen wir denn, wenn die Russen in Estland, was weiß ich, zwei Quadratkilometer Birkenwald erobern? Sagen wir dann, oh, wir haben Angst vor dem Atomkrieg, das können wir nicht einschätzen? Das stellt im Kern unsere gesamte Abschreckung in Frage und das ist ein großes Problem, und insofern halte ich die Äußerung des Bundeskanzlers für unverantwortlich.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.